

Editorial

Die militärische Niederschlagung des Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges gaben einem Teil Europas die Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung der Nationen zurück. Die siegreichen alliierten Heere bewahrten durch ihren Vormarsch Hunderttausende vor der rassistischen Mordmaschinerie in den Vernichtungslagern, befreiten die politischen Gegner des Nationalsozialismus aus KZs und Zuchthäusern, befreiten Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus aller Herren Länder und retteten vielen Millionen Menschen das Leben.

Der sowjetische Vorstoß auf deutsches Gebiet löste gewaltige Fluchtbewegungen aus und war von Plünderungen und Massenvergewaltigungen begleitet. Nach Kriegsende kam es zu einer millionenfachen Vertreibung deutscher Staatsbürger aus ihrer Heimat, in den Ländern Osteuropas folgten auf die NS-Okkupation eine erneute Fremdherrschaft und Jahrzehnte der Unfreiheit.

Sechzig Jahre nach Kriegsende dominierte in den allfälligen Politikerreden und offiziellen Bekundungen eine recht einseitige Perspektive. Der deutsche Bundeskanzler fuhr zur Befreiungsfeier nach Moskau, wo er kein Wort über die sowjetische Rolle zu Beginn des Zweiten Weltkrieges und an dessen Ende verlor. Weder der mit Hitlerdeutschland vereinbarte gemeinsame Überfall auf Polen kam zur Sprache noch die sowjetischen Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung.

Die Befürchtung, eine Darstellung dieser Vorgänge und Zusammenhänge könne einer Entschuldigung oder Relativierung des NS-Terrors Vorschub leisten, ist angesichts der Verläufe vieler seit den fünfziger Jahren geführten zeitgeschichtlichen Debatten nicht unberechtigt. Sofern zeitgeschichtliche Zusammenhänge zwecks Nahrung von Ressentiments in geschichtspolitische Agitation eingepaßt werden, ist die Schwelle zur Propaganda überschritten. Die Reaktion auf einseitig vereinfachte Betrachtungsweisen eines komplexen historischen Bedingungsgefüges kann jedoch keineswegs im Verschweigen oder Verdrängen liegen. Das nämlich nährt geradezu die Entstehung oder Perpetuierung vorurteilsgeladener Perspektiven auf das Geschehene und behindert eine rationale Befassung mit gemeinsamer europäischer Geschichte.

Der Schwerpunkt dieser Zdf-Ausgabe widmet sich Aspekten des Nachkriegs, die quer zu jenen eindimensionalen Blickwinkeln stehen, die seit Monaten die öffentlich-medial produzierten Geschichtsinterpretationen dominiert haben. Die Schicksale von deutschen Zivilverschleppten, denen sich Ute Schmidt zuwendet, sind Kriegsoferschicksale, Folgen des Weltkrieges, die Frauen und Männer – überwiegend ohne jede individuelle Schuld – zu ertragen hatten. Bis heute kennt man nicht einmal ihre genaue Zahl. Auch die Zahl der in „GPU-Kellern“ gequälten Menschen ist unbekannt, diese Schreckensorte verschwanden aus dem historischen Wahrnehmungshorizont. Peter Erler und Reinhard Fuhrmann berichten über ihre Forschungen zu diesem Thema.

Die Schriftstellerin Inge Müller überwand zeitlebens das Trauma ihrer Verschüttung in einem Berliner Luftschutzkeller nicht. Rena Lehmann untersucht, welche Spuren die Stunden der Todesangst im Werk von Inge Müller hinterließen. Ihre Entscheidung zur Nichteinfügung in die schöne neue Welt des Sozialismus zog nach ihrem Tod das organisierte Vergessen ihres Œvres nach sich. Die geschmeidige Einfügung der geschönten Biographie eines Neunzigjährigen in die Heimatgeschichte von Olpe (Sauerland) löste Hans-Bodo Thiemes Recherche über den ehemaligen Pallottinerpater Hubert Mohr aus, der es in Potsdam zum ML-Professor brachte und nach dem Untergang des

SED-Regimes in den Schoß der katholischen Kirche zurückgekehrt ist. Kämpferische Exkommunisten aus 21 Ländern der Welt versammelten sich im Juni vor fünfundfünfzig Jahren in West-Berlin zum Kongreß für Kulturelle Freiheit. Stephan Lahrem spürte in der Edinburgh University Library, wo das Koestler-Archiv aufbewahrt wird, das Berlintagebuch des Renegaten und seiner Frau Mamaine Koestler über die Erlebnisse während des Kongresses im Juni 1950 auf. Versehen mit einer historischen Einführung von Stephan Lahrem erscheinen die Tagebuchauszüge der Koestlers hier zum erstenmal vollständig in deutscher Sprache.

Unter den vielen tausend Teilnehmern der Großkundgebung des Kongresses für Kulturelle Freiheit werden sich vielleicht auch jener West-Berliner Studenten befunden haben, der 1951 vom Staatssicherheitsdienst mit Flugblättern der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ erwischt wurde und dafür mit dem Leben bezahlen mußte. Zehn Studenten der FU und der Deutschen Hochschule für Politik gehörten zu den über neunhundert Opfern des kommunistischen Terrors, die zwischen 1950 und 1953 von sowjetischen Militärtribunalen in der DDR zum Tode verurteilt und danach in Moskau hingerichtet wurden. Die Schicksale dieser Menschen konnte dank der Recherchen von „Memorial“ und dem privaten Berliner Geschichtsforschungsinstitut „Facts&Files“ jetzt nach mehr als fünfzig Jahren aufgeklärt werden.

Spitzel und Denunzianten trugen das ihre zu den Todesurteilen der sowjetischen Militärtribunale in der DDR bei. Denunziationen verschafften den Geheimpolizeien der totalitären Systeme des Zwanzigsten Jahrhunderts eine Unzahl von Informationen über tatsächliche oder vermeintliche politische Gegner, die ausgeschaltet werden sollten. Der Tätigkeit und späteren Verfolgung von Gestapospitzeln, die gegen kommunistische Organisationen im Einsatz waren, geht Wilhelm Mensing in seinem Beitrag nach. Dabei wird deutlich, wie schwer es dem Rechtsstaat nach dem Ende der Nationalsozialistischen Diktatur fiel, das folgenreiche Wirken von V-Leuten der Gestapo strafrechtlich zu bewerten. Das SED-Regime hingegen kannte mit den Spitzeln der nationalsozialistischen Gegenseite keine Gnade.

Einen wichtigen Gesichtspunkt finnischer Deutschlandpolitik der frühen siebziger Jahre beschreibt Kimmo Elo in seinem Beitrag. Dabei geht es um die außenpolitischen Handlungsspielräume der DDR gegenüber der Sowjetunion. Karl Wilhelm Fricke ruft die lange Geschichte einer wissenschaftlichen Zeitschrift in Erinnerung, die sich seit 1968 einen guten Namen gemacht hat. Hervorgegangen aus dem *SBZ-Archiv* war ihr Name *Deutschland Archiv* (DA) in vieler Hinsicht auch ein Programm. Kontinuierlich und fundiert wie keine andere wissenschaftliche Zeitschrift widmete sich das DA in den Jahren der Teilung dem zweiten deutschen Staat, informierte und diskutierte über Politik, Kultur und Alltag in der DDR. Die Klippen des politischen Parteienstreits konnten seinerzeit durch Offenheit gegenüber kontroversen deutschlandpolitischen Positionen umschiffert werden. Jüngste Irritationen geben Anlaß, an diese bewährte Grundorientierung des *Deutschland Archivs* zu erinnern.

Zu Irritationen führte an der FU eine wissenschaftsgeschichtlich Volte, mit der die Humboldt-Universität sich zur Alma mater der zahlreichen Nobelpreisträger ausrief, die Berlin bis in die dreißiger Jahre zu einem weltweit geachteten Wissenschaftsstandort gemacht haben. Siegward Lönnendonker nimmt sich der Frage an und bringt in Erinnerung, daß die kommunistisch gleichgeschaltete HU bis 1989 mit dem Geist, der die großen Geister im aufblühenden Zwanzigsten Jahrhundert nach Berlin rief, rein gar nichts zu tun haben wollte.

i.A. Jochen Stadt